



Katrin Jadin: „Je schneller der Premier sich auf eine Agenda der bis Ende der Legislaturperiode durchzuführenden Projekte und Reformen festlegen kann, desto besser.“ Foto: Nathalie Bidoul

„Ärger gibt es immer wieder“

Trotz verschiedener Streitigkeiten der Mehrheitsparteien N-VA, CD&V, Open VLD und MR glaubt die Föderalabgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR) nicht an vorzeitige Neuwahlen. „Ärger gibt es immer wieder, ob im Parlament unter Mehrheitsparteien oder in der Regierung“, sagt die 38-jährige Eupenerin in einem GrenzEcho-Interview vor dem Start in die Sommerpause.

VON CHRISTIAN SCHMITZ

In der Föderalregierung hatte es zuletzt mehrmals Ärger gegeben. Wie ist die Stimmung in der Kammer unter den Mehrheitsparteien?

Ärger gibt es immer wieder, ob im Parlament oder in der Regierung. Das ist Usus in jeder Legislatur. Einige Parteien stehen mehr unter Druck als andere. Die MR zum Beispiel – als einzige frankophone Partei in der Föderalregierung – hat mitunter mit einer sehr unfairen Opposition zu kämpfen und erhält auch in den Medien nicht immer ein Replikrecht, wenn Informationen nicht komplett geschildert werden. Das kann sicher einiges an Nervosität hervorbringen. Aber auch in Flandern sind sich die aktuellen Mehrheitsparteien nicht immer einig.

Also alles halb so schlimm? Dass ich von der Stimmung unter den Mehrheitsparteien schon viel schlimmere Situationen in den letzten Legislaturen gekannt habe, und deshalb zuversichtlich bin, dass wir weiterhin unsere Projekte zu Ende bringen können.

Die Atmosphäre dürfte sich aber im Zuge des Wahlkampfes nach den Sommerferien weiter verschlechtern. Wie gesagt, bin ich zuversichtlich, dass diese Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode arbeiten wird. Das heißt, dass es nicht zu vorge-

zogenen Wahlen kommen wird. Aber es ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass die Nervosität weiter ansteigen wird. Das ist an sich auch nicht schlimm, wenn die politischen Auseinandersetzungen respektvoll und fair verlaufen.

Nach den Kommunalwahlen beginnt schon der nächste Wahlkampf. Ist Regieren bis dahin überhaupt möglich?

Je schneller der Premier sich auf eine Agenda der bis Ende der Legislaturperiode durchzuführenden Projekte und Reformen festlegen kann, desto besser.

„Tatsache ist, dass die NATO-Bündnispartner ihren Verpflichtungen jahrelang nicht nachgekommen sind.“

Was passiert nach den nächsten Föderalwahlen: Gibt es dann wieder ein monatlanges Gesetz oder eine weitere Staatsreform?

Ich wünsche dies nicht. Aus mehreren Gründen: Zum einen denke ich, dass sich noch viele Kompetenzen aus der sechsten Staatsreform in ihrer Umsetzungsphase befinden und es einiger Jahre bedarf, bis man den Mehrwert für den Bürger prüfen kann. Andererseits bin ich der Meinung, dass wir vor weiteren, sehr großen und schwierigen Herausforderungen stehen, die die absolute Aufmerksamkeit der politischen Entschei-

dungsträger benötigen.

Was sind die wichtigsten Herausforderungen?

Da wären unter anderem der demografische Wandel, die Umsetzung des Energiepaktes, die Digitalisierung und die damit verbundenen neuen Wirtschaftszweige, die Zukunft der Europäischen Union und ihr Platz sowohl auf politischer wie wirtschaftlicher Ebene, um nur einige zu nennen.

Glauben Sie, dass es nach den nächsten Wahlen zu einer Neuaufgabe der Schweden-Koalition kommt?

Das lässt sich momentan schwer sagen. Wir haben eine resolute Mitte-rechts-Regierung, die viele Projekte umsetzt, wichtige und notwendige Reformen durchführt und mit einer hohen Effizienz arbeitet und Resultate aufweist, unter anderem in Bezug auf die Beschäftigungsrate und die Senkung der Staatsschuld. Andererseits sind die Umstände, in denen diese Schweden-Koalition zustande gekommen ist, absolut außergewöhnlich gewesen. Es wäre sicher dem Demokratieverständnis förderlich, wenn eine weitere frankophone Partei im Regierungsbund gesessen hätte.

Die Schlagzeilen wurden in den letzten Wochen unter anderem von der möglichen F-16-Nachfolge beherrscht. Wie ist da Ihr Standpunkt? Vieles ist in den letzten Wochen darüber geschrieben und gesagt worden. Das stimmt.

Aus den Anhörungen im Verteidigungsausschuss ergibt sich, dass es – um den internationalen Verpflichtungen unseres Landes nachzukommen – absolut notwendig ist, die F-16-Kampffljets zu ersetzen.

Trump die Partner dazu aufgefordert, ihre Militärausgaben zu erhöhen und heftige Kritik geübt. Hintergrund ist das Zwei-Prozent-Ziel, wonach die NATO-Länder zwei Prozent ihres Bruttoinlands-

Trumps zurückzuführen, der die USA nicht mehr als einzigen Geldgeber der gesamten NATO sehen will. Tatsache ist, dass die Bündnispartner ihren grundlegenden Verpflichtungen jahrelang nicht nachgekommen sind.

„Die Umstände, in denen diese Koalition zustande gekommen ist, sind absolut außergewöhnlich gewesen.“



Katrin Jadin, Abgeordnete

Und wie ist der Stand der Dinge?

Es hat ein vorher festgesetztes Auswahlverfahren gegeben, in dem es jedem offen stand, ein Angebot zu machen. Frankreich mit seinen Rafale-Kampffägern wollte sich nicht daran beteiligen und versucht nun, die Föderalregierung mit einem neuen Angebot zu reizen. Der Premierminister hat dieses Dossier zur Chefsache gemacht, und die Regierung will in Kürze darüber beraten, welches Jagdflugzeug erworben werden soll.

Wann fällt denn eine Entscheidung?

Das Dossier müsste eigentlich noch vor Ende dieser Legislaturperiode über die Bühne gehen.

Beim jüngsten NATO-Gipfel hat US-Präsident Donald

produkts für Rüstung und Militär ausgeben sollen. Auch Belgien steht unter Beschuss – in Ihren Augen zu recht?

Ja, leider. Es ist sogar so, dass unser Land im vergangenen Jahr gerade einmal 0,91 Prozent des BIP für die Verteidigungspolitik ausgegeben hat. Belgien ist damit der zweit-schlechteste Schüler aller NATO-Staaten. Wenn man bedenkt, dass wir immerhin das Hauptquartier der NATO beherbergen, ist das sicher kein Grund, stolz zu sein. Außerdem müssen wir ehrlich sein: Europa und Belgien brauchen gute Verteidigungsstrukturen. Da es diese momentan nicht EU-weit in einer zur Genüge koordinierten Politik gibt, müssen wir auch weiterhin auf unser Bündnis setzen. Dass wir hier mehr gefordert werden als früher, ist sicher auch auf die resolute Haltung

Die Föderalregierung räumt sich gerne mit den positiven Aussichten in der Wirtschaftspolitik. In Sachen Haushalt wurde die schwarze Null aber verschoben. Der Ökonom Bart Van Craeynest hat erklärt, die Regierung Di Rupo habe mehr zur Sanierung des Haushaltes getan als die Regierung Michel. Wie sehen Sie das?

Fakt ist, dass sich die Haushaltlinie aufgrund verschiedener Parameter verschoben hat. Es hat viele unvorhersehbare Ereignisse gegeben, weshalb mehr Geld für gewisse öffentliche Dienste vorgesehen wurde. Außerdem war ebenfalls bekannt, dass die Auswirkungen einiger Reformen – wie dem sogenannten Tax-Shift – bei finanziellen Rückführungen hin zum Staat bis zu fünf Jahren brauchen könnten. Ferner hat der Föderalstaat auch die Defizite der Teilstaaten aufzufangen, wenn es welche gibt. Dies kann auch zu Verschiebungen führen. Ich denke, die OECD ist in Wirtschaftsfragen eine ernst zu nehmende Referenz. Demnach hat Belgien in den letzten Jahren wichtige Schritte unternommen, um nicht nur die Kriterien des Stabilitätspaktes einzuhalten, sondern auch nachhaltig an der Haushaltssanierung zu arbeiten.

